

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.

Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 2/2022



- Diesmal u. a.:
- Krieg in der Ukraine
 - Soziale Verteidigung
 - LOVE Storm
 - Kredite für den Krieg

Inhalt

Outi Arajärvi Ukraine-Krieg: Ende der Gespräche?	3
Tejan Lamboi Flucht aus der Ukraine: Zwei-Klassen-Geflüchtete?	5
Maria Heß Digital streiten lernen	7
Mirka Hurter Peace for Future - Ein Projekt für junge Generationen.....	9
Jürgen Kaiser Wie Staatsverschuldung Konflikte anheizt	11
Renate Wanie Soziale Verteidigung im Krieg	13
Wilhelm Nolte Leserbrief zum Artikel von Ulrich Stadtmann	15
Fachgespräch Staatsverschuldung	15

Impressum

Rundbrief Nr. 2/2022

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456
✉ info@soziale-verteidigung.de
🌐 www.soziale-verteidigung.de
📘 [facebook.com/BSV.Frieden](https://www.facebook.com/BSV.Frieden)
🐦 twitter.com/so_verteidigen
📷 [instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung](https://www.instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung)

Spendenkonto

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN
<https://soziale-verteidigung.de/spenden>

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Dr. Christine Schweitzer

Gestaltung: Maryam Aliakbari

Druck: art & image Minden

Auflage: 4.400

Erscheinungsweise vierteljährlich

Titelbild: Protest in Lviv am 24.11.2013.

Foto: Helgi - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0,

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=29821993>

Editorial

Liebe Leser*innen,

in den letzten Wochen setzt sich in der Öffentlichkeit immer mehr das Bewusstsein durch, dass wir mit drei sich überlappenden Krisen zu kämpfen haben: dem Klimawandel, den Folgen des Kriegs in der Ukraine und natürlich weiterhin der Corona-Pandemie. Auch wenn wir, wie Tejan Lamboi in seinem Beitrag zitiert, in Deutschland vergleichsweise noch im „Happy Land“ leben, denn hier hungert (fast) niemand, verlieren vergleichsweise Wenige ihr Leben aufgrund von Dürren oder Fluten und muss niemand vor Bomben und Panzern flüchten: Die Weichen für morgen werden heute gestellt. Das gilt für den Klimawandel ebenso wie für die Frage von Krieg und Frieden. Wollen wir in einem neuen Kalten Krieg leben, in dem allein Atomwaffen vor einem Dritten Weltkrieg abschrecken – bis die Abschreckung dann irgendwann doch versagt? Oder stellen wir die Legitimität von Rüstung und ja, auch von militärischer Verteidigung, infrage? Stellen wir uns den mächtigen Lobbys der Rüstungsindustrie und der Energiewirtschaft entgegen, die angesichts des Ukrainekriegs versuchen, ihre todbringenden Waren zu verkaufen, zur Atomenergie zurückzukehren und fordern, Umweltstandards aufzuheben?

Schwerpunkt in diesem Rundbrief ist erneut der Krieg in der Ukraine. Outi Arajärvi befasst sich mit der Frage von Verhandlungen, Tejan Lamboi mit der Diskriminierung von Menschen, die als BiPOC aus der Ukraine flüchten, Renate Wanie mit Sozialer Verteidigung und Wilhelm Nolte antwortet in einem Leserbrief auf den Artikel von Ulrich Stadtmann über Soziale Verteidigung in Städten. Daneben haben wir auch weitere Themen: Der Beitrag von Jürgen Kaiser zu Staatsverschuldung und Krieg soll auf unser Fachgespräch im Herbst hinweisen, Maria Heß stellt ein neues Trainingshandbuch von LOVE-Storm und Mirka Hurter die Initiative „Peace for Future“ vor.

Christine Schweitzer
für das BSV-Team



Ukraine-Krieg

Ende der Gespräche?

Zur Zeit hat man den Eindruck, dass niemand mehr mit Russland reden will. Mehrere Politiker*innen in Europa und Amerika sagten in letzter Zeit, dass es sinnlos sei: Italiens Ministerpräsident Mario Draghi zeigte sich ernüchtert von diplomatischen Gesprächen mit Putin. „Man verliert nur Zeit“, so Draghi. Auch Präsident Biden meint, dass er immer wieder mit Putin telefoniert hätte, aber „es kamen nur Lügen“. Putin habe ihm selbst versichert, dass man nur militärische Übungen durchführe und keinen Angriff plane. „Dieser Mann darf nicht bleiben“, sagte Biden in Richtung des russischen Präsidenten.

Wenn dann jemand doch reden will, wie der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer, dann wirft man ihm Naivität vor. Die Süddeutsche Zeitung (12.4.) kommentiert Nehammers Reise: „Was immer Bundeskanzler Karl Nehammer beflügelt haben mag, sich auf eine mission impossible nach Moskau zu begeben, könnte mit diesem Selbstbild (als Brückenbauer) zu tun haben. Und doch wäre der ÖVP-Politiker besser beraten gewesen, es nicht zu tun.“ Mehrere europäische Zeitungen kritisierten den Besuch von „naiv“ bis „absurd“.

In der taz vom 3.5. wird jede Verhandlung mit Russland als Verblendung tituliert: „Allen, die noch glauben, man könne den Krieg rasch beenden und in Verhandlungen zu einer für alle Seiten befriedigenden Friedenslösung mit Leuten von Lawrows Schlag kommen, kann man zu ihrem Optimismus nur gratulieren – oder ihnen herzliches Beileid ob ihrer Verblendung wünschen.“

Es ist sehr still geworden, es scheint, dass niemand verhandelt. Es ist schwer zu glauben, dass es so wenig Verständnis dafür gibt, dass jeder Krieg nur mit Verhandlungen aufhören kann. Entweder weil beide Seiten sehen, dass sie nicht gewinnen können, eine Seite gesteht, dass sie nicht gewinnen kann oder - im Falle der drückenden Überlegenheit einer Seite - Kapitulationsverhandlungen. Dann folgen Waffenstillstandsverhandlungen und irgendwann – oft Jahre später – Friedensverhandlungen. Je früher man verhandelt, desto weniger Menschen verlieren ihr Leben und desto weniger werden Städte zerstört.

Bei jedem Konflikt muss irgendwann gesprochen, ein minimales Vertrauen aufgebaut werden. Am besten gelingt es über Vermittlung, wenn eine dritte Partei glaubwürdig zu Gesprächen einlädt.

Es ist natürlich viel verlangt, da Putin noch am Tag vor Kriegsbeginn sagte, dass

Fotos: Friedensverhandlungen der letzten 100 Jahre

Foto links: Gruppenbild mit Dame: Die Staats- und Regierungschefs von Belarus, Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine verhandelten das „Minsk II“ Abkommen, Februar 2015.

© Kremlin.ru, CC-BY 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=38345346>

Foto rechts: Eine weitere Herrenrunde: Die Unterzeichnung des Daytoner Abkommens durch die Präsidenten von Serbien, Bosnien und Kroatien, das den Bosnienkrieg 1995 beendete. Hinter ihnen Vertreter der NATO-Mächte, die das Abkommen vermittelt hatten.

Gemeinfrei



Autorin:
OUTI ARAJÄRVI
ist Co-Vorsitzende des Bund für Soziale Verteidigung.

Foto links:
Auf der Potsdamer Konferenz trafen sich kurz nach Kriegsende die drei Siegermächte und berieten über die Nachkriegsordnung in Europa. Von links nach rechts: Winston Churchill, Harry S. Truman und Josef Stalin.

Gemeinfrei

Foto rechts:
Unterzeichnung des Versailler Vertrags 1919,
Gemälde von William Orpen.

Imperial War Museum Collections, Gemeinfrei



er nicht angreifen wolle und es dann doch tut. Aber es ist nicht das erste Mal, dass im Krieg gelogen wird. Meistens tricksen Kriegsherren, führen in die Irre, wollen den Gegner täuschen und lügen. Und wir kennen nur eine Seite.

Einige reden, wie Guterrez, der UN-Generalsekretär. Er hat Putin getroffen und erreicht, dass mehr Zivilpersonen aus Mariupol evakuiert werden konnten. Obwohl die Lage in der Ukraine komplex sei und es „unterschiedliche Interpretationen dessen, was dort geschieht“, gebe, sei ein Dialog möglich, so der UN-Generalsekretär. Er sei bereit, die Ressourcen der Vereinten Nationen in vollem Umfang zu mobilisieren, um Leben zu retten.

Er musste vorher auch Kritik einstecken, warum er zuerst zu Putin fährt. So hat z.B. die ukrainische Regierung die Abfolge seiner Reise scharf kritisiert. Er sehe „in dieser Reihenfolge weder Gerechtigkeit noch Logik“, hatte Präsident Wolodymyr Selenskyj gesagt. Und von Polit-Tourismus gesprochen.

Auch der türkische Präsident Erdogan hat Vermittlung angeboten und immerhin erreicht, dass beide Seiten Gesprächen zustimmten. Neulich hat auch Bundeskanzler Scholz mit Putin telefoniert. Man kann nur hoffen, dass es tatsächlich mehr Gespräche hinter verschlossenen Türen gibt und das der Öffentlichkeit – in alter diplomatischer Tradition – vorenthalten wird. Gut wäre, wenn es im Hintergrund mehr Gespräche und andere Inhalte geben würde, als in der Presse zu lesen ist.

Jede Konfliktlösungsstrategie sagt, dass man Kontakte aufbauen und halten muss. Vertrauen kommt langsam, ist aber nötig für einen stabilen Frieden. Es gab Vorschläge, z.B. von dem finnischen Präsidenten Niinistö, 2025 eine neue Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu organisieren, um den 50. Jahrestag der ersten Konferenz 1975 zu feiern. Das hat er 2021 vorgeschlagen, ob er das jetzt noch vorhat, ist unklar. Jetzt hat er erst mal mit der Ministerpräsidentin Marin die NATO-Mitgliedschaft organisiert. Es wäre zu wünschen, dass bis 2025 der Vorschlag wieder auf dem Tisch kommt.



Flucht aus der Ukraine Zwei-Klassen-Geflüchtete?

„Keine Menschen zweiter Klasse! Gleiche Rechte für alle Geflüchteten aus der Ukraine,“ lautet der Titel einer Petition mehrerer Organisationen, die sich gegen die ungerechte Behandlung von Geflüchteten aus der Ukraine bei der Einreise nach Deutschland wendet.

„Nach der Flucht aus der Ukraine setzt sich der strukturelle Rassismus gegenüber People of Colour in Deutschland fort. Während ukrainische Staatsangehörige eine längerfristige Aufenthaltserlaubnis und eine sofortige Arbeitserlaubnis erhalten, gilt dies nicht für Menschen aus Drittstaaten, selbst wenn sie nachweisen können, dass sie seit mehreren Jahren eine Aufenthaltserlaubnis für die Ukraine besitzen“, heißt es in der Petition, die bereits über 40.000 Unterschriften erhalten hat.

Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar gab es zahlreiche Berichte über rassistische Übergriffe und Diskriminierung von Black, Indigenous und People of Colour (BIPOCs). Mehrere Schwarze Student*innen, die dem Krieg entflohen sind, berichteten, wie ihnen der gleichberechtigte Zugang zu Zügen und Bussen zur polnisch-europäischen Grenze verweigert wurde und wie die Grenzbehörden Geflüchtete nach ihrer Nationalität und Hautfarbe bevorzugten.

Es wurde mehrfach kritisiert, dass diejenigen, die aus der Ukraine fliehen, ungleich behandelt werden, insbesondere schwarze Student*innen.

Im März veröffentlichte die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) eine scharfe Aussage, in der sie die rassistische Behandlung von BIPOCs, die aus der Ukraine fliehen, an mehreren Grenzübergängen kritisierte.

Am 17. Mai organisierte der Flüchtlingsrat Berlin e.V. eine Demonstration vor dem Bundesrat in Berlin und forderte gleiche Rechte für alle Geflüchtete aus der Ukraine, unabhängig von ihrem Herkunftsland.

Kürzlich erzählten drei marokkanische Studenten, die in der Ukraine studiert hatten, in einer BSV-Veranstaltung im Rahmen des Projekts „Stark gegen Diskriminierung und Gewalt“ nicht nur ihre leidvolle Geschichte während der Flucht aus der Ukraine, sondern auch wie sie nach ihrer Einreise nach Deutschland behandelt wurden.

Foto links:
Protest gegen den Krieg in Frankfurt/M am 26.2.22.

© HajjiBaba - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=115577118>

Foto rechts:
Protest in Rostock 2012.

© strassenstriche, CC BY-NC 2.0



Autor:
TEJAN LAMBOI
ist Bildungsreferent beim BSV.



Foto links:
Demonstration Hamburg
2020

© Rasande Tyskar,
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:
Menschen in Kiew suchen
Schutz in der U-Bahn.

© Kmr.gov.ua, CC-BY 4.0,

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=115575464>

„Man konnte deutlich sehen, wie unterschiedlich die ukrainischen Flüchtlinge behandelt wurden. Sie wurden uns gegenüber bevorzugt. Auch der Umgang mit ihnen war freundlicher. Während wir sehr lange auf die Registrierung und andere Abläufe warten mussten, lief es bei den ukrainischen Flüchtlingen meist reibungslos. Ich fühlte mich minderwertig. Zweite Klasse! Das ist sehr schmerzhaft“, sagte einer von ihnen und fügte hinzu, dass sie immer noch nicht wissen, wie lange sie bleiben dürfen.

Ausdruck von Rassismus in Deutschland

Diese Vorfälle zeigen deutlich ein chronisches und systemisches Problem in unserer Gesellschaft - strukturellen Rassismus. Es ist schwer vorstellbar, dass selbst in Kriegssituationen Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres Herkunftsortes unterschiedlich behandelt werden können.

Ich muss hier allerdings feststellen, dass das Problem nicht nur strukturell ist. Es ist auch ein zwischenmenschliches. Wir haben miterlebt, wie Menschen offene Arme ausstreckten, ihre Häuser zur Verfügung stellten und ukrainische Geflüchtete aufnahmen. Warum wurde das nicht auch den Geflüchteten aus Afghanistan gewährt? Geflüchteten aus Syrien?

Sogar die Medienberichterstattung über die Situation stellt – anders als bei anderen Geflüchteten – die Ukrainer*innen nicht als Menschen dar, die „das deutsche Sozialsystem auszunutzen wollen“, sondern als Menschen, die wirklich Hilfe brauchen.

So funktioniert Rassismus in dem, was Tupoka Ogette (Exit Racism) als „Happy-Land“ bezeichnet – wo einer Gruppe von Menschen alle Vorteile zum Nachteil anderer Gruppen zugestanden werden.

Mit diesem Artikel soll keineswegs die Unterstützung in Frage gestellt werden, die Geflüchtete aus der Ukraine erhalten. Das ist großartig. Menschen, die vor Gewalt und Krieg fliehen, sollte immer Schutz gewährt werden.

Wenn wir jedoch eine Politik machen, die zwischen denen unterscheidet, die etwas bekommen und anderen, die nichts bekommen, dann messen wir mit zweierlei Maß. Wir schaffen ein rassistisches Klassensystem, das die rassistischen Ideologien von Philosophen wie Emanuel Kant unterstützt. Das sollte im 21. Jahrhundert nicht mehr vorkommen.

Ich möchte mich den zahlreichen Stimmen anschließen, die von den deutschen Behörden eine schnelle und unbürokratische aufenthaltsrechtliche Lösung für alle Flüchtlinge aus der Ukraine, unabhängig von ihrer Nationalität, fordern.

Digital streiten lernen

Neues Trainingshandbuch mit praktischen Tipps gegen Hass und Gewalt im Netz

Seit 2017 unterstützt LOVE-Storm jährlich tausende Menschen in ihrem Kampf gegen digitale Gewalt, darunter hunderte Lehrkräfte und andere Multiplikator*innen. Diese lernen, eigene Online-Rollenspiele für digitale Zivilcourage durchzuführen.

Doch was genau ist eigentlich digitale Gewalt. Wie können wir den Hass im Netz stoppen? Was unterscheidet analoges Mobbing von „Cybermobbing“? Und wie können wir Rassismus und extremistische Hetze online bekämpfen?

Praktische Tipps zum Umgang mit Hass im Netz

Im Trainingshandbuch finden Leser*innen hilfreiche Antworten auf diese und ähnliche Fragen. Erfahrene Trainer*innen geben ihr praktisches Wissen an die Lesenden weiter und helfen ihnen, Online-Konflikte zu entschärfen.

- **Betroffene** lernen, digitale Angriffe einzuordnen und ihnen zu widerstehen. Sie erhalten Strategien, um der Gewalt zu begegnen und sich Hilfe zu holen. Was können sie tun, um den Kampf gegen Hass im Netz nicht alleine zu führen?
- **Zeug*innen digitaler Gewalt** erfahren, wie sie handlungsfähig bleiben und digitale Zivilcourage zeigen können. Mit dem Buch trainieren sie, sich sicher und kompetent Hass und Gewalt im Netz entgegenzustellen.
- **Pädagog*innen** erfahren, wie sich digital ausgetragene Konflikte in ihrer Dynamik und Schädlichkeit von klassischen Konflikten unterscheiden und wie diese konstruktiv bearbeitet werden können. Lehrkräfte und Multiplikator*innen bekommen erprobte Methoden und Anleitungen an die Hand, mit denen sie selbstständig Argumentationstrainings und Online-Rollenspiele gegen Online-Gewalt durchführen können. Und sie lernen, was sie besonders beachten müssen, wenn sie in der Schule, der Jugendarbeit oder der politischen Bildung sichere und zugleich realistische Rollenspiele umsetzen und reflektieren.

Interessierte Pädagog*innen erhalten eine Einführung in den LOVE-Storm Online-Trainingsraum, der von der Gesellschaft für Pädagogik, Information und Medien (2019) sowie dem Deutschen Institut für Erwachsenenpädagogik (2020) für seine Innovation ausgezeichnet wurde.

Zudem widmet sich das Handbuch den Phänomenen „Cybermobbing“ und digitale Gewalt an Schulen. Dabei stellt es systematische Ansätze und Konzepte

Margaretha Eich, Björn Kunter, Bea Tholen, Markus Wutzler

LOVE Storm

Praxistraining zum Umgang mit Hass im Netz



 **WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



© Privat

Autorin:
MARIA HESS
ist Mitarbeiterin
von LOVE-Storm.



vor, mit denen sich Lehrkräfte auf digitale Krisen vorbereiten und auf sie reagieren können. Darüber hinaus werden digitale Schutzkonzepte vorgestellt, die auch außerhalb der Schule die Gewalt in Kommentarspalten und Messenger-Diensten eindämmen können.

Von der Idee zum Handbuch

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) veröffentlichte 1994 das erste deutschsprachige Trainingshandbuch für Zivilcourage. Björn Kunter, späterer Gründer von LOVE-Storm, ließ sich vom BSV zum

BSV-Shop:

<https://www.soziale-verteidigung.de/love-storm-trainingshandbuch-gegen-hass-netz>



Trainer für Gewaltfreies Handeln ausbilden. Noch als Geschäftsführer des BSV widmete er sich der Verbreitung des 'No Blame Approach' gegen Mobbing in Schulen und organisierte bundesweite Streitschlichtungskongresse. Schon früh beschäftigten ihn und den BSV die Vorzüge und die Gefahren sozialer Medien. Für sein Engagement für Menschenrechte und Demokratie in der Ukraine wurde Björn Kunter 2014 selbst Ziel eines Shitstorms.

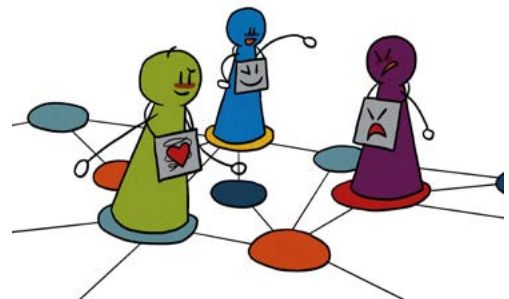
Mitten in der Welle rechtsextremistischer Hetze gegen Geflüchtete 2016 forderte die Autorin und Netzaktivistin Kübra Gümüşay dazu auf, online „Liebe zu organisieren“. Das nahm Björn Kunter zum Anlass, sein Wissen und seine Erfahrungen zu nutzen, um mit LOVE-Storm Zivilcourage im digitalen Raum zu etablieren. Die durch die praktische Arbeit gewonnenen Erkenntnisse und Kompetenzen zur digitalen Zivilcourage sind nun erstmals im Trainingshandbuch gesammelt und veröffentlicht.

Einfacher Einstieg in digitale Zivilcourage

Interessierte Leser*innen können das Buch Kapitel für Kapitel bearbeiten oder auch nach Stichworten durchstöbern. Außerdem können sie sich zunächst auf spezifische Phänomene oder Methoden konzentrieren.

Darüber hinaus bietet das Trainingshandbuch zahlreiche Hinweise, wo die Lesenden genauere Erläuterungen und weiterführende Information erhalten. Dadurch sollen sie auch über das Buch hinaus ermuntert werden, ihre Kompetenzen der digitalen Zivilcourage zu erweitern.

Das Buch ist erschienen im Wochenschau Verlag und hat 120 Seiten. Es kostet 16,90 € und ist im Shop des BSV erhältlich.





Fotos: Veranstaltungen
der Initiative.

© Sicherheit neu denken

Sicherheit neu denken

Peace for Future - Ein Projekt für junge Generationen

Die Vision einer gemeinschaftlich gestalteten Friedenskultur und menschlichen Sicherheit für eine zukunftsfähige Welt ist der Antrieb von Peace for Future.

Als Teil der Initiative Sicherheit neu denken entwickeln zwei junge Projektkoordinatorinnen, gemeinsam mit einem sehr engagierten ehrenamtlichen Team, seit Anfang 2021 das Projekt Peace for Future. Gemeinsam bauen sie ein Netzwerk junger Menschen auf, das sich für eine vielfältige Friedenskultur sowie eine zivile Friedens- und Sicherheitspolitik einsetzt. Das Ziel ist es, Friedensmentor*innen auszubilden, Engagement zu fördern, zu vernetzen und insgesamt eine Bewegung junger Menschen aufzubauen, die sich für eine konstruktive Friedenskultur und menschliche Sicherheit einsetzt.

Insbesondere seit Fridays for Future sind Jugendliche und junge Erwachsene vermehrt aktiv auf den Straßen zu sehen. Sie streiken und demonstrieren zur Verhinderung der Klimakatastrophe. Doch nicht nur das, spätestens seit dem Krieg in der Ukraine möchten sich viele auch für Frieden engagieren. Zusätzlich setzen sie sich u.a. mit Alltagsrassismus, Sexismus und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft auseinander. Die junge Generation macht mobil und weckt auf. Doch in einer Zeit der Klimakrise, einer Pandemie und nun eines erneuten Krieges in Europa bestehen häufig große Sorgen im Hinblick auf die Zukunft. Entsprechend haben junge Menschen oft innovative Ideen und sehen sie gleichzeitig gegenüber der multiplen Krisen auch ohnmächtig gegenüber.

Besonders seit dem Krieg in der Ukraine erlebt das Projekt Peace for Future einen enormen Zulauf junger Menschen. Viele von ihnen ringen nach zukunftsfähigen Perspektiven und teilen die Frage danach, wie sie konstruktiv zu Frieden beitragen können.

Das Angebot von Peace for Future

Peace for Future setzt an den Lebenswelten junger Menschen an. Basierend auf den Ergebnissen einer durchgeführten Umfrage entwickelte das Team Maßnahmen und Angebote der Friedensbildung sowie Möglichkeiten der Vernetzung und des Engagements. Diese sollen dazu befähigen, mit dem erlebten Unfrieden, der Überforderung und Sorge um die Zukunft umzugehen sowie das eigene Potential zu entfalten und Selbstwirksamkeit zu erleben.



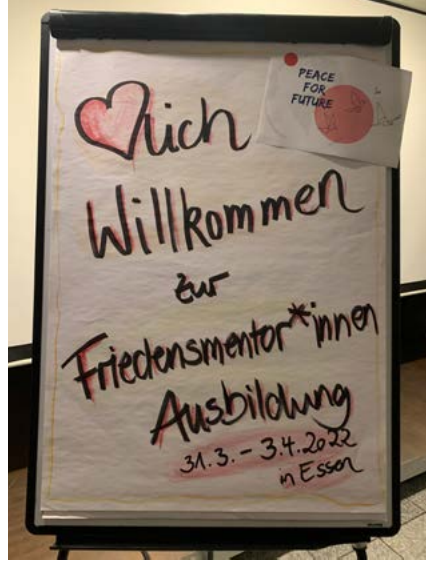
Autorin:

MIRKA HURTER

ist die Projektkoordinatorin von Peace for Future. Sie studierte im Master Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Innsbruck und bringt außerdem Hintergründe in Sozialmanagement, der Durchführung von Workshops und Seminaren sowie in der Arbeit mit diversen Projekten mit.

Fotos: Veranstaltungen
der Initiative.

© Sicherheit neu denken



Rundbrief und Briefe lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per Email an **info@soziale-verteidigung.de** mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will. Es besteht ebenfalls das Angebot, unsere Briefe per Email zu bekommen. Auch hier können wir die Zusendung von Papier auf Email umstellen.

Als Hauptangebot bietet das Projekt eine niederschwellige **Ausbildung zur/zum Friedensmentor*in** an, welche Ende März - in Kooperation mit der evangelischen Kirche in Essen - zum ersten Mal durchgeführt wurde. Es bewarben sich so viele junge Menschen, dass die Ausbildung gleich dreimal hätte stattfinden können. In einer diversen Gruppe konnten sich die Teilnehmenden in Theorie und Praxis mit den Themen Frieden, Konflikt und Sicherheit sowohl persönlich, gesellschaftlich als auch politisch auseinandersetzen. Die Ausbildung beinhaltet Aspekte der Friedens- und Sicherheitslogik, des Szenarios von Sicherheit neu denken „von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“, sowie Ansätze der so genannten vielen Frieden und integriert diverse praktische, ganzheitliche und kreative methodische Ansätze. Die Teilnehmenden erhalten außerdem die Möglichkeit ein **eigenes Projekt zu initiieren, sich in einer Regionalgruppe zu engagieren oder sich im Gesamtprojekt Peace for Future einzubringen**, und sie werden in ihrem Engagement durch ein Coaching über sechs Monate begleitet.

Zusätzlich bietet Peace for Future online **Webinare, Vernetzungstreffen sowie Social Media Aktivitäten** an. Auch hier wird über Themen zu Frieden, Konflikt und Sicherheit informiert und sensibilisiert.

Aufgrund der hohen Nachfrage sind für die kommenden Monate weitere Friedensmentor*innen Ausbildungen an verschiedenen Orten Deutschlands geplant. So entstehen nach und nach Lokalgruppen, die mit kleinen und größeren Friedensprojekten des Gelingens zu einer Friedenskultur und einer zivilen Sicherheitspolitik beitragen. Mit verschiedenen Kooperationspartnern sind bereits einige Ausbildungen in Planung, doch werden für die Umsetzung auch noch weitere lokale Kooperationspartner sowie Fördermittel gesucht.

Durch die Angebote von Peace for Future werden junge Menschen darin unterstützt, konstruktiv mit Unsicherheiten und Konflikten umzugehen, entwickeln ein friedens- und sicherheitspolitisches Verständnis und lernen sich praktisch und selbstwirksam in gesellschaftliche Veränderungsprozesse einzubringen. So wird zu einer Kultur und Gesellschaft beigetragen, in der Sicherheit durch ein Miteinander - statt Gegeneinander - gelebt und Frieden gestärkt wird.



Weitere Informationen zum Projekt
gibt es auf der Website:
www.peace4future.de



Karte: "Überschuldete Staaten" weltweit. Die Weltkarte zeigt die Verschuldungssituation verschuldeter Länder im Globalen Süden sowie den Trend der Verschuldung.

© Erlassjahr.de

Kredite für den Krieg

Wie Staatsverschuldung Konflikte anheizt

Am 22. September 1980 griffen die Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein das Nachbarland Iran an. Der Iran war zu jener Zeit noch durch die Islamische Revolution geschwächt, und Hussein hoffte auf ebenso schnelle wie fette Beute. Er irrte sich. Der Krieg zog sich in die Länge. Die schwachen irakischen Staatsfinanzen waren nicht in der Lage, einen mehrjährigen Krieg durchzustehen. Die Rivalität zwischen dem Iran und den arabischen Staaten führte allerdings zu einer großzügigen Unterstützung der irakischen Anstrengung durch die reichen Golfstaaten. Bis zu einer Milliarde US-Dollar im Monat wurden vor allem von Kuwait und Saudi-Arabien auf dem Höhepunkt des Krieges monatlich nach Bagdad überwiesen. Ein wesentlicher Teil davon in Form von Krediten, die Bagdad hoffte, aus der Kriegsbeute bedienen zu können.

Als der Krieg nach Millionen von Opfern 1988 quasi auf den Ausgangspositionen zu Ende ging, hielt Kuwait aus dem militärischen Unterstützungsprogramm Forderungen von mehr als 40 Milliarden US-Dollar. Das war ein gutes Drittel der gesamten Auslandsschulden des Landes, das bei Husseins Amtsantritt praktisch schuldenfrei gewesen war, und bei Kriegsende zu den höchstverschuldeten Ländern der Welt gehörte.

Es war ausgeschlossen, dass der ebenfalls vom Krieg schwer gebeutelte Irak diese regulär werde bedienen können. Darauf bestanden aber nicht nur die kuwaitischen Kriegsfinanziers, sondern auch die westlichen Gläubiger im sogenannten Pariser Club, die mit weniger umfangreichen und zumeist diskret überwiesenen Krediten den Krieg gegen den Iran ebenfalls unterstützt hatten.

Was tun?

Hussein beschloss, sich den Gläubiger Kuwait kurzerhand einzuverleiben und damit auch die Schulden gegenstandslos zu machen. Das endete im Zweiten (1990-91) und Dritten Golfkrieg (2003ff) und schließlich mit dem Tod des Diktators.

Bald nach dem von den USA und Großbritannien erzwungenen regime change



© Privat

Autor:

JÜRGEN KAISER

ist seit ihren Anfängen Teil der internationalen Entschuldungsbewegung und war bis Januar 2021 Politischer Koordinator des deutschen Entschuldungsbündnisses erlassjahr.de.

Foto links:
Protest gegen den
Angriff auf den Irak
2002 in London.

© Users AK7,
William M. Connolly
on en.wikipedia -
Eigenes Werk,
CC BY-SA 3.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1085338>



Foto rechts:
Sri Lanka ist eines der
Länder, in denen die
Schuldenkrise Unruhen
hervorgerufen hat. Hier:
Marschierende Polizei in Sri
Lanka 2019.

© Weldon Kennedy,
CC BY 2.0

im Irak 2003 versuchten die Gläubiger, für das Schuldenproblem des Nachkrieg-Iraks eine Lösung zu finden. Im Pariser Club wurde auf Druck der USA eine Schuldenerlassung von rund 80% beschlossen, womit ein großer Teil der Wiederaufbaukosten auf die „Koalition der Unwilligen“ verlagert wurde, nämlich Deutschland, Frankreich und Russland, welche sich dem Krieg 2003 verweigert hatten. Die Kuwaitis sahen nicht ein, dass sie sich – wie in Paris vorgesehen – ebenfalls mit 80% beteiligen sollten und machten eine Gegenrechnung über Reparationen für die Zeit der irakischen Besetzung auf, die ihren Schuldenerlass praktisch auf Null gedrückt hätte.

Eine abschließende Regelung zwischen den beiden ehemaligen Kriegsgegnern konnte bis heute nicht erzielt werden und ist eine Quelle anhaltender Spannungen in der an Spannung ohnehin nicht armen Golfregion.

Überschuldung führt zu Konflikt

Nicht nur zwischenstaatlich, auch innergesellschaftlich führen Überschuldungssituationen zu Konflikten. Ein Beispiel ist derzeit Sri Lanka, wo ein externer Schock – in diesem Fall der Zusammenbruch des internationalen Tourismus infolge der Covid-Pandemie – eine ohnehin kritisch verschuldete Volkswirtschaft hart traf. Die Regierung versucht, vor allem auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsgruppen, durch Steuererhöhungen und Subventionsabbau die Mittel für den Schuldendienst an externe Gläubiger zusammenzukratzen, und wo das nicht reicht, nimmt sie einfach neue Kredite auf. Die Folge: Die Bevölkerung, die das rigorose Sparprogramm mit Stromabschaltungen und exorbitant gestiegenen Preisen für Grundnahrungsmittel nicht mitträgt, geht dagegen auf die Straße. Seit dem 11.5. gilt ein regierungsamtlicher Schießbefehl des Präsidenten, die Regierung ist zurückgetreten und eine friedliche Beilegung des Konflikts erscheint ausgeschlossen, wenn nicht ein erheblicher Teil der Kredite, mit denen die Regierung lediglich Zeit gekauft hatte, gestrichen wird.



Innerhalb von Rechtsstaaten gibt es, um Konflikte zwischen Gläubigern und Schuldnern friedlich beilegen zu können, das Insolvenzrecht, in dessen Rahmen eine neutrale Instanz die Zahlungsfähigkeit des Schuldners analysiert und dann über Schuldenerlass und Restzahlungsplan entscheidet. Für Staaten indes gibt es das nicht, obwohl es in der UNO und im Internationalen Währungsfonds dafür Anläufe gegeben hat. Die Ampelregierung hat 2021 genau dieses Ziel in ihrem Koalitionsvertrag erneut formuliert. Ein Staateninsolvenzverfahren wäre ein globales öffentliches Gut, das künftige Konflikte zeitig entschärfen könnte.



Soziale Verteidigung im Krieg

Gewaltfreier Widerstand und Soziale Verteidigung

Nichts geht mehr! Wer kürzlich in Frankfurt/M stadteinwärts fuhr, stand im Stau. Verantwortlich waren junge Menschen in gelben Westen, die sich auf die Fahrbahn klebten. „Anstatt aus dem Ukrainekrieg zu lernen, treibt uns die Regierung weiter in den Wahnsinn!“, so ihr Appell. Hier wurde Ziviler Ungehorsam praktiziert gegen die Verkehrs- und Klimapolitik der Bundesregierung, aber auch gegen die aktuelle Aufrüstungspolitik, die Milliarden verschlingt, ohne die Welt sicherer machen. Die jungen Aktivist*innen rufen gewaltfreien Widerstand gegen den Krieg in der Ukraine ins Gedächtnis.

Auf dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Ukraine-Krieges und der Gräueltaten an der Zivilbevölkerung kommen aktuell auch Ziviler Ungehorsam und andere Methoden der Sozialen Verteidigung (SV) wieder in die Diskussion. SV ist ein Konzept des Gewaltfreien Widerstands, das für die kollektive Verteidigung gegen militärische Übergriffe eines anderen Landes oder bei einem Staatsstreich entwickelt wurde - ein Konzept aktiven zivilen Widerstands gegen einen militärischen Aggressor.

Auf dem Ostermarsch 2022 in Heidelberg nahm ich den brutalen Angriffskrieg des russischen Militärs auf die Ukraine zum Anlass, um in meinem Redebeitrag das Konzept der SV in Erinnerung zu rufen – im Rückblick auf die 80er Jahre, wo zu Zeiten des Kalten Krieges und während des Widerstands gegen die damalige Stationierung von Atomraketen SV als Alternative zur militärischen Abschreckung in der Friedensbewegung breit diskutiert wurde. Bedenken kommen heute auf: Ist die Idee einer zivilen und gewaltfreien Verteidigung in der Gegenwart nicht nur ein schöner, aber unrealistischer Traum? Doch auch aktuell gibt es in dem Krieg in der Ukraine Beispiele zivilen Widerstand bzw. Ansätze von SV:

Foto links: Protest von Fridays for Future in München 2019.

© Martin von Creyzt, CC BY-SA 2.0

Foto rechts: Protest von Ärzt*innen von Extinction Rebellion in London im April 2022.

© Alisdare Hickson, CC BY-SA 2.0



© Privat

Autorin:

RENATE WANIE ist Mitglied im Vorstand des BSV und freie Aktionstrainerin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion.



Foto links:
Protest auf dem
Maidan (Kiew)
1. Dezember 2013.

© Nwssa Gnatoush,
Nessa Gnatoush - [https://
www.flickr.com/
photos/11036666@
N08/11155511025/](https://www.flickr.com/photos/11036666@N08/11155511025/),
CC BY 2.0,
[https://commons.
wikimedia.org/w/index.
php?curid=29973240](https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=29973240)

Foto rechts:
Ob Militärs dafür
geehrt werden, dass sie
kämpften oder dafür,
dass sie die Waffen
niederlegten, entscheidet
sich gewöhnlich erst nach
Kriegen. Hier ein Gedenk-
stein für einen deutschen
Offizier, Oberst Olaf Petri
(1888-1945), der sich im
2. Weltkrieg 1945 weigerte,
die Stadt Werningerode
im Harz zu verteidigen und
deshalb standrechtlich er-
schossen wurde. Die Stadt
blieb verschont.

© Christine Schweitzer

- Anfang März sahen wir auf den Zugangsstraßen zum ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja Menschenmassen, die versuchten, zu Tausenden mit ihrer körperlichen Präsenz den russischen Militärs den Weg zu versperren und so die Bombardierung des Atomkraftwerkes zu verhindern.
- Mit großem Respekt erfahren wir, dass unbewaffnete Bewohner*innen auf Panzer zugehen, sich ihnen entgegenstellten und versuchten, sie - wie es in den Medien heißt - mit „bloßen Händen“ - aufzuhalten. Es gab offensichtlich Situationen, wo die Panzer wirklich abdrehten.

Dies sind zwei Beispiele von aktivem zivilem Widerstand, einer Verweigerungshaltung, die sich kollektiv Ausdruck verschafft und dem militärischen Aggressor in der direkten Konfrontation widersetzt. Dieses Vorgehen erfordert Zivilcourage, einen sozialen wie auch politischen Mut, Risiken in Kauf nehmend. Jacques Sémelin, französischer Historiker, weist darauf hin, dass dabei der Grad des sozialen Zusammenhalts in der Bevölkerung, der dies möglich mache, nicht zu unterschätzen ist. Zudem unterscheidet er den individuellen Widerstand vom institutionellen Widerstand und erinnert an den Widerstand der dänischen Regierung in den 1940er Jahren, wo z.B. Beamte in der Verwaltung mit dem Motto „Macht der Bewegungslosigkeit“ sich weigerten, den Anweisungen der deutschen Besatzer zu folgen.¹

1941 reagierte Dänemark auf die Anfrage, Torpedoboote für die deutsche Besatzung bereitzustellen, mit Ablehnung. Erst auf die Androhung, Kohlelieferungen einzustellen, wurden die Kriegsschiffe übergeben, jedoch nicht ohne Geschütze und Navigationsmaterial zu entfernen – zu gebrauchen waren die Schiffe nicht mehr.

Viele weitere Formen des Protestes, der Nichtzusammenarbeit und Zivilen Ungehorsams, wie sie in den Sozialen Bewegungen und in den Gewerkschaften regelmäßig praktiziert werden, sind Methoden aus dem Konzept der SV. Wie die eingangs genannte Aktion Zivilen Ungehorsams in Frankfurt auf der Autobahn - zwar nicht gegen Panzer, aber gegen die SUVs, die ja manchmal wie kleine Panzer wirken. Ideale Voraussetzung für die Umsetzung der Sozialen Verteidigung wäre jedoch ihre gesellschaftliche Verankerung durch eine Vorbereitung für die Praxis – in Trainings in Sozialer Verteidigung!

.....
¹ Wanie, Renate: Von der Banalität des Guten: Ziviler Widerstand und Zivilcourage – während der NS-Diktatur und in der Gegenwart. In: Gewaltfrei gegen Hitler? Gewaltloser Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Bedeutung für heute. Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, 2007, S. 104-105

Leserbrief (Wilhelm Nolte, Historiker)

Zu dem Beitrag von Ulrich Stadtmann im Rundbrief 1/2022, S. 3-4.

Der Bund für Soziale Verteidigung e.V. (BSV) versäumt es nicht, sich zeitnah mit dem Krieg in der Ukraine zu befassen und auf die „Bilder von zivilem Widerstand mit Demonstrationen auf Straßen und Plätzen“ in den von russischen Truppen eingenommenen Städten aufmerksam zu machen. Den Jahrzehnte zurückliegenden konzeptionellen Ansätzen Theodor Eberts getreu, sieht der Autor in der Ukraine die Zeit für „Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration“ gekommen. „Die militärische Kapitulation einer Stadt bedeute[t] ... in keiner Weise das Ende des Widerstands.“ Fortan müsse Soziale Verteidigung „darauf ab(zielen), vorrangig das Leben der Zivilbevölkerung und die Infrastruktur zu schützen.“ - „Zu spät!“ möchte man dem Autoren zurufen! Sind die besagten Städte mit ihrer Infrastruktur nicht schon längst in Schutt und Asche gelegt? Will der Autor mittels Sozialer Verteidigung nichts als Trümmer und Ruinen - auch gesellschaftlicher Art - schützen?

Was der Autor versäumt: Den Zeitpunkt des Beginns dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration vor den Zeitpunkt des Beginns des Angriffs der fremden Truppen auf die Städte zu setzen, sie einzufordern, ehe Raketen, Bomben und Granaten die Infrastruktur der Städte - und gar ihre Bewohner/innen - zerfetzen. Hierzu bietet das Humanitäre Kriegsvölkerrecht die Option der „Offenen Stadt“ (siehe: Zusatzprotokoll I. zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler Konflikte, Kap V, Artikel 59 Unverteidigte Orte). Sie verbietet dem Aggressor jede Kampfhandlung um jede und in jeder militärisch nicht verteidigten Stadt. Handelt der Aggressor dieser völkerrechtlichen Norm zuwider, lädt er sich vor aller Welt (nach dem ohnehin völkerrechtswidrigen Angriffskrieg) die Last einer weiteren Völkerrechtsverletzung auf.

Was der BSV selbst versäumt - seit Theodor Eberts Absage an „Mix“ zivilen Widerstands mit militärischer Verteidigung (Th. Ebert, 1981, S. 73ff), ist eine substanzielle Auseinandersetzung mit oder gar Annäherung an Verteidigungskonzepte, die für eine Kofunktion sozialer mit militärischer Verteidigung eintreten. Auf die vielen Veröffentlichungen im In- und Ausland unter dem Konzeptnamen „Autonome Abwehr“ in den Jahren der Ost-gegen-West-Nuklearrüstungen (SS-20; Pershing) liegt bis heute keine dezidierte Antwort aus BSV-Kreisen vor. Dabei räumt gerade diese Strategie dem Zivilen Widerstand den konzeptionellen „Spitzenplatz“ gesamtgesellschaftlichen gewaltfreien Widerstandes gegen Nukleargewalt ein. Erst darunter sieht es das Offenhalten der Städte (darin Soziale Verteidigung) und die militärisch konventionelle Verteidigung (Netzstruktur) der stadtfreien Räume vor.

Gerade die Ukraine, um die sich BSV und Autor sorgen, könnte nach der „Abgabe“ sowjetischer Nuklearwaffen an seinen heutigen Aggressor aus einer weltöffentlichen Erklärung Gewaltfreien Widerstandes gegen russische Nukleargewalt vor allem weiteren Selbstwert gewinnen, den Verteidigungswillen ihrer Bürger*innen wie der eigenen Truppen stärken.

Literatur: Wolf-Ruthart Born: Die Offene Stadt ..., Berlin 1978; Theodor Ebert: Soziale Verteidigung - ..., Band 2, Waldkirch 1981;

Hans-Heinrich Nolte / Wilhelm Nolte: Ziviler Widerstand und Autonome Abwehr, Baden-Baden 1984;

Dietrich Fischer/Jan Oberg/Wilhelm Nolte: Frieden gewinnen, Freiburg i.Br. 1987 (auch auf Englisch und Schwedisch erschienen)

17. September 2022 | Fachgespräch: Kredite für den Krieg? Staatsverschuldung und Konflikte im Globalen Süden

Seit mehr als 30 Jahren fordern Menschen weltweit die Entschuldung von Staaten im Globalen Süden. In den 1990er Jahren fand die sogenannte „Erlassjahr“-Bewegung auch ihren Platz in Deutschland. Von Anfang an beteiligten sich auch Teile der Friedensbewegung an den Protesten; heute sind die Verbindungen jedoch eher lose.

Doch was hat Staatsverschuldung überhaupt mit Krieg und Frieden zu tun? Welche Auswirkungen hat eine kritische Verschuldung auf friedens- und sicherheitspolitische Prozesse in einem Land – und umgekehrt? Und wo und wie können Friedensbewegung und Entschuldungsbewegung wieder mehr an einem Strang ziehen?

JH Magdeburg; virtuelle Teilnahme möglich





Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: NEIN.

Kurt Tucholsky



Bund für Soziale Verteidigung e. V.
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de